

Resolution der IHK-Ausschüsse „Industrie | Forschung | Technologie“ und „Energie | Umwelt“

„Sichere Energie zu bezahlbaren Preisen für die Wirtschaftsregion“ - Neun Forderungen an die Energiepolitik -

Energieversorgung hat eine Schlüsselfunktion für Wirtschaft, Beschäftigung und Wohlstand. Zu den aktuellen Herausforderungen zählen das Megathema Klimaschutz, explodierende Preise für Erdöl, eine unendliche Preisspirale bei Strom und Erdgas, die weltweit rasant steigende Nachfrage sowie eine langfristig gesicherte Versorgung.

Die Vorgaben der deutschen Energiepolitik konzentrieren bisher sich auf den Klimaschutz und zielen vor allem auf eine Emissionsminderung des wichtigsten Treibhausgases, dem Kohlendioxid (CO₂). Aus Sicht der IHK-Organisation besteht darüber hinaus aber auch verstärkter Handlungsbedarf bei der Sicherstellung eines ausreichenden Energieangebots zu wettbewerbsfähigen Preisen.

Die IHK-Ausschüsse „Energie | Umwelt“ und „Industrie | Forschung | Technologie“ haben daher im Nachgang zu ihrer gemeinsamen Sitzung am 28. April 2008 eine Resolution beschlossen, die neun Forderungen für folgende Aktionsfelder stellt: „Effiziente Gestaltung des Klimaschutzes“, „Sicherung von wettbewerbsfähigen Energiepreisen“, „Gewährleistung der Versorgungssicherheit“ und „Ausbau der Energieforschung | Nutzung regionaler Kompetenz“. Beide IHK-Ausschüsse repräsentieren mit weit über 100 Unternehmen die mittelfränkische Wirtschaft mit ihren Branchenschwerpunkten.

Aktionsfelder mit Forderungen / Handlungsempfehlungen

Klimaschutz effizient gestalten

Der Klimawandel bestimmt derzeit die Diskussion in Politik und Gesellschaft. Die Europäische Union hat ihren Mitgliedsstaaten ambitionierte Klimaschutzziele vorgegeben: Für den Zeitraum 1990 bis 2020 müssen die Treibhausgas-Emissionen um mindestens 20 Prozent gesenkt und die Energieeffizienz um 20 Prozent erhöht werden. Gleichzeitig soll der Anteil erneuerbarer Energien von heute 8,5 auf 20 Prozent gesteigert werden. Die Bundesregierung hat ein „Integriertes Energie- und Klimaschutzprogramm“ beschlossen, mit dem die CO₂-Emissionen im gleichen Zeitraum sogar um 40 Prozent gesenkt werden sollen. Hierzu wird schrittweise ein breites gesetzliches Maßnahmenbündel auf den Weg gebracht, das in alle Wirtschaftsbereiche eingreift.

Unabhängig von staatlichen Vorgaben werden in Bayern und in der Metropolregion Nürnberg zahlreiche Klimaschutzmaßnahmen in eigenverantwortlicher Mitwirkung der Wirtschaft umgesetzt – beispielsweise im Rahmen des Umweltpakts Bayern. Besondere regionale Potenziale bieten sich u. a. im Bereich Energieeffizienz sowie in der energetischen Nutzung von Biomasse bzw. Bioabfällen. Die IHK Nürnberg für Mittelfranken unterstützt ihre Mitgliedsunternehmen in vielfältiger Weise über Informationsveranstaltungen, Energieberatung, Qualifizierung zum Energiemanager IHK sowie eine Erhöhung der Markttransparenz.

Aus Sicht der beiden IHK-Ausschüsse sollte auch beim Klimaschutz auf Effektivität und Effizienz geachtet werden. Hieraus ergeben sich vor allem folgende Forderungen:

⇒ *Energieeffizienz steigern*

Die Steigerung der Energieeffizienz ist im Regelfall der kostengünstigste Weg zur Verringerung von Treibhausgas-Emissionen und Importabhängigkeit. In vielen Fällen können zugleich Kosten gesenkt werden. Um den Effizienzgedanken noch stärker in die Unternehmen zu tragen, sind Anreizsysteme zum eigenverantwortlichen Handeln geeigneter als die zahlreichen reglementierenden Vorgaben.

⇒ *Erneuerbare Energien nach Effizienzkriterien fördern*

Die zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien dient dem Klimaschutz und dämpft die deutsche Importabhängigkeit. Um dies mit möglichst geringen Kosten zu erreichen, müssen bei der Förderung der Markteinführung stärker als bisher Effizienzkriterien berücksichtigt werden. Tech-

nologien, die ein hohes Potenzial besitzen, aber erst langfristig wirtschaftlich einsetzbar sind, sollten verstärkt über Forschungsprogramme zur Marktreife geführt werden. Zielführende Aktivitäten in der Region sind fortzusetzen. Hierzu zählt u. a. das „Netzwerk Erneuerbare Energien Westmittelfranken“ mit Projekten in den Bereichen Biomasse und Wasserkraft.

Wettbewerbsfähige Energiepreise sichern

Vor zehn Jahren wurde in Deutschland der Energiemarkt geöffnet mit dem Ziel, über einen funktionierenden Wettbewerb günstige Strom- und Gaspreise zu erreichen. Die Bilanz ist durchwachsen: Zwar gewinnt der Wettbewerb insbesondere beim Strom deutlich an Dynamik. Der Preisanstieg bei Strom und Erdgas geht aber dennoch ungebremst weiter: Gestiegene Rohstoffkosten spielen hierbei ebenso eine Rolle wie die steigenden staatlichen Belastungen durch Ökosteuern, Mehrwertsteuer, dem CO₂-Emissionshandel und den Umlagen für Kraft-Wärme-Kopplung sowie für erneuerbare Energie. Zudem sehen zahlreiche Experten strukturelle Defizite im Wettbewerb. So ist der deutsche Stromerzeugungsmarkt von vier Unternehmen mit einem Marktanteil von über 80% beherrscht. Im Bereich der Energienetze wurden die Nutzungsentgelte durch die Bundesnetzagentur deutlich gekürzt. In der Kritik stehen derzeit aber die Preise für Ausgleichs- und Regelenergie, die notwendig ist, um die Netze stabil zu halten. Erhebliche Mängel gibt es zudem bei der Umsetzung eines durch Wettbewerb geprägten EU-Binnenmarkts für Strom und Erdgas.

Obwohl die N-ERGIE als größter regionaler Versorger zu den bundesweit kostengünstigen Anbietern zählt, leidet auch die Wettbewerbsfähigkeit vieler mittelfränkischer Unternehmen unter der endlosen Preisspirale. Um die Folgen abzumildern, hat die IHK Nürnberg für Mittelfranken mit der N-ERGIE eine Rahmenvereinbarung zum Strombezug abgeschlossen, die seit acht Jahren vergünstigte Konditionen für kleine und mittlere Unternehmen ermöglicht.

Die beiden IHK-Ausschüsse stellen folgende Forderungen an die Politik:

⇒ *Energienetze wirksam regulieren*

Vergleichende Untersuchungen auf europäische Ebene zeigen, dass günstige Netztarife eher durch eine effektive Regulierung als durch eigentumsrechtliche Entflechtungen sichergestellt werden können. Hier sollte die Bundesnetzagentur ihre bislang zielführende Arbeit fortsetzen:

- Die geplante Anreizregulierung ab dem Jahr 2009 sollte Anreize setzen sowohl für einen effizienten Netzbetrieb als für einen Ausbau der Netzinfrastruktur.
- Die Bereitstellung von Ausgleichs- und Regelenergie muss effizienter gestaltet werden, beispielsweise durch engere regelzonenübergreifender Zusammenarbeit der Netzbetreiber.

Weiter ist die Netzregulierung im Hinblick auf einen funktionierenden EU-Binnenmarkt auszubauen, beispielsweise durch verstärkte Kooperation der nationalen Regulierungsbehörden. Ziel muss sein, die nationalen Netze durch weiteren Ausbau der Kuppelstellen stärker miteinander zu verbinden, um den Stromhandel zu erleichtern und die Zahl der konkurrierenden Anbieter zu erhöhen.

⇒ *Staatliche Belastungen zurückführen*

Die staatlich bedingte Preisbelastung bei Strom und Erdgas ist in Deutschland weit höher als in anderen Volkswirtschaften. Dieser Trend wird sich verstärken: Aufgrund der deutschen Ausbauziele für erneuerbare Energien und für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen werden die entsprechenden Umlagen auf den Strompreis weiter steigen. Die EU-Pläne zur Versteigerung der CO₂-Zertifikate ab dem Jahr 2013 dürften für einen zusätzlichen Preisschub sorgen. Zwar hatten die Energieversorger schon bisher kostenfrei erworbene Zertifikate in den Strompreis eingerechnet. Die geplante staatliche Abschöpfung dieser „Windfall-Profits“ würde nach Expertenmeinung jedoch durch weitere Preiserhöhungen kompensiert werden. Es ist daher notwendig, die ökologischen und ökonomischen Auswirkungen aller staatlich bedingten Preisaufschläge zu überprüfen und ggf. Absenkungen vorzunehmen.

Versorgungssicherheit gewährleisten

Die Sicherheit der Versorgung mit Energierohstoffen und die Gewährleistung einer ausreichenden Infrastruktur insbesondere im Stromsektor gewinnen zunehmend an Bedeutung. Bei den Energierohstoffen erscheint die hohe Importabhängigkeit beim Erdöl als Hauptrisikofaktor. Mögliche Lösungsansätze umfassen den Ersatz von Erdöl durch heimische Energieträger – wie beispielsweise Biotreibstoffen – oder den Einsatz von effizienten Stromanwendungen wie beispielsweise Elektrowärmepumpen oder Elektroautos. Einerseits wird durch den vermehrten Einsatz des Energieträgers Strom die Energieeffizienz in der Gesamtbilanz erhöht. Andererseits resultiert hieraus ein seit Jahren wachsender Strombedarf. Da sich dieser Trend fortsetzen wird, rückt die Sicherstellung einer ausreichenden Elektrizitätsinfrastruktur in den Mittelpunkt. Die Deutsche Energieagentur geht aufgrund einer aktuellen Analyse davon aus, dass bereits im Jahr 2012 Kraftwerksengpässe in Deutschland entstehen. Auch wenn die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wie geplant auf 25 bis 30 Prozent bis zum Jahr 2020 verdoppelt wird, kann der konventionelle Kraftwerkspark hiermit nicht gleichwertig ersetzt werden.

Besonders betroffen ist Bayern: Aufgrund des beschlossenen Kernenergieausstiegs muss der Freistaat eine klimaneutrale Alternative für zwei Drittel seiner Erzeugungskapazitäten schaffen. Ein gleichwertiger Ersatz durch erneuerbare Energie oder durch Gaskraftwerke ist allein schon aufgrund der hohen Kosten unrealistisch. Auch die geplante Verlagerung der Stromproduktion in den Norden Deutschlands ist kein Patentrezept. Einerseits verzögert sich dort der Bau von Offshore-Windkraftanlagen und auch von hafennahen Kohlekraftwerken aus technischen oder politischen Gründen. Andererseits stößt auch der für den Stromtransport in den Süden notwendige umfangreiche Netzausbau auf vielfache politische Widerstände vor Ort.

Die beiden IHK-Ausschüsse sehen zur Sicherung der Stromversorgung folgende Maßnahme als vordringlich:

⇒ *Rahmenbedingungen für neue Kraftwerke verbessern*

Um den hohen Kraftwerksersatzbedarf zu decken, müssen investitionsfreundliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Hierzu zählen: Förderung der Akzeptanz für neue Kraftwerksprojekte in der Bevölkerung, zügigere Genehmigungsverfahren, langfristig kalkulierbare Rahmenbedingungen für den CO₂-Emissionshandel, Erweiterung der Kraft-Wärme-Kopplungsförderung auf hocheffiziente Anlagen zur industriellen Eigenerzeugung.

⇒ *Netzinfrastruktur ausbauen*

Der Transport des Stroms aus den norddeutschen Erzeugungszentren in die süddeutschen Verbrauchszentren benötigt einen umfangreichen und raschen Ausbau des Höchstspannungsnetzes. Die Bundesregierung ist aufgefordert, das geplante Beschleunigungsgesetz für diesen Bereich zügig auf den Weg zu bringen, um die Planungs- und Genehmigungszeiten zu verkürzen.

⇒ *Laufzeit für Kernkraftwerke verlängern*

Solange die erneuerbaren Energien noch keine ausreichende Alternative im Hinblick auf Kosten und Versorgungstabilität liefern können, muss eine verlängerte Laufzeit der deutschen Kernkraftwerke ermöglicht werden – unter Gewährleistung höchster Sicherheitsstandards. Die Politik ist dringend aufgerufen, die energiewirtschaftlichen Konsequenzen der Alternativen „Ausstieg bis 2020“ und „Laufzeitverlängerung über 2020 hinaus“ in der Öffentlichkeit vorbehaltlos darzulegen und einen offenen Diskurs zu führen.

Energieforschung ausbauen | regionale Kompetenz nutzen

Obwohl Deutschland in der Energietechnologie eine führende Rolle einnimmt, ist der Anteil der Energieforschung am gesamten Forschungsetat mit rund vier Prozent deutlich geringer als der vergleichbarer Staaten. Es muss daher weit mehr Geld in die Energie-Grundlagenforschung fließen, um Technologien zu entwickeln, die den Energiebedarf weiter senken, erneuerbare Energien schneller zur Marktreife führen oder völlig neue Optionen erschließen. Dies umfasst alle Wertschöpfungsstufen der Energieumwandlung:

- Rohstoffbeschaffung und –aufbereitung (Beispiele: neue Biomasetechnologien, Biotreibstoffe der 2. Generation, Nutzung alternativer Quellen wie Ölschiefer, Ölsande oder Gashydrate)
- Strom- / Wärmeerzeugung (Beispiele: CO₂-freies Kraftwerk, Brennstoffzellen, Geothermie, neuartige photovoltaische Zellen, Kernfusion)
- Stromübertragung, -verteilung und –speicherung (Beispiele: Intelligente Netzsteuerung, Neue Speichertechnologien, Supraleiter)
- Strom- / Wärme-Endanwendung (Beispiele: Energieeffiziente Automatisierung von industriellen Prozessen, von Gewerbe- und Wohnimmobilien und von Endprodukten, effiziente Motortechnologie)

Besondere Priorität hat der Ausbau der Energieforschung für Mittelfranken: Die „Energeregion Nürnberg“ verfügt über eine Vielzahl innovativer Unternehmen, die Produkte zur Erhöhung der Energieeffizienz und zum Einsatz von erneuerbaren Energien auf dem Weltmarkt anbieten. Die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen durch intensivere Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen ist eine Daueraufgabe. Hiermit beauftragt sind eine Reihe von Technologietransfer-Einrichtungen mit Sitz in Nürnberg wie beispielsweise der EnergieRegion Nürnberg e.V., die regionale IHK, das European Center for Power Electronics e. V. (ECPE) und die bayerischen Cluster für Leistungselektronik, Energie sowie Umwelttechnologie.

Die beiden IHK-Ausschüsse sehen die Unterstützung folgender Projekte als vordringlich:

⇒ *Regionale Energieforschung stärken*

Die IHK-Vollversammlung hat im Oktober 2007 ein „High-Tech-Zukunftsprogramm zur Stärkung des Hochschul- und Technologiestandorts Region Nürnberg“ beschlossen, das u.a. folgende Energieprojekte beinhaltet:

- Zentralinstitut für Energieforschung und Rationelle Energienutzung an der Universität Erlangen-Nürnberg (ZEFRE)

- Aufbau eines Demonstrationszentrums für Leistungselektronik und energieeffiziente Antriebe am Fraunhofer Institut für Integrierte Schaltungen und Bauelemente IISB in Nürnberg
- Forschungs- und Anwenderzentrum „Energetische Nutzung von Biomasse | Biogas“ in Triesdorf

Weiter haben die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, die Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg und das Fraunhofer Institut für Integrierte Schaltungen IIS ein Konzept vorgelegt für einen gemeinsamen Campus, der sich mit Lösungen befassen soll zur Energieeffizienz und zur Beherrschung der Folgen des Klimawandels (CAMPUS TEK).

Der Freistaat Bayern ist aufgefordert, diese Projekte nachhaltig zu unterstützen.

⇒ *Verbundprojekte fördern*

Um neu entwickelte Energietechnologien rasch in den Markt zu einzuführen, müssen entsprechende Pilotprojekte vor Ort – aber auch im Ausland – initiiert und gefördert werden. Der Freistaat Bayern, die IHK und die Wirtschaft sind aufgefordert, die o. g. Technologietransfer-Einrichtungen für diese Aufgabe nach Kräften zu unterstützen.